

II— 1371 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Zl. 143.110/86-I/4/76

Wien, am 10. September 1976

An den

Präsidenten des Nationalrates
Herrn Anton B e n y a654/AB
1976-09-13
zu 657/JParlament

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Lanner und Genossen haben am 13. Juli 1976 unter der Nr. 657/J an mich eine schriftlich Anfrage betreffend Staatsbesuch des deutschen Bundeskanzlers in Österreich gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"1) Welche konkreten Vorstellungen bzw. Wünsche hinsichtlich einer Unterstützung unserer EWG-Bemühungen durch die BRD wurden beim jüngsten Staatsbesuch des deutschen Bundeskanzlers in Österreich seitens der Bundesregierung dem deutschen Regierungschef unterbreitet?

2) Wurden seitens des deutschen Bundeskanzlers konkrete Zusagen hinsichtlich einer Unterstützung unserer EWG-Bemühungen durch die BRD gemacht?

3) Wenn ja, welche?

4) Haben Sie Ihre Idee einer Gipfelkonferenz der westlichen Regierungschefs, die Sie anlässlich Ihres Staatsbesuches in Paris nach Pressemeldungen dem französischen Staatspräsidenten unterbreitet haben, auch dem deutschen Bundeskanzler vorgebracht?

5) Wenn ja, wie sehen Ihre konkreten Vorschläge hinsichtlich einer solchen Gipfelkonferenz aus?

6) Wie hat der deutsche Bundeskanzler auf Ihre diesbezüglichen Vorschläge konkret reagiert?"

- 2 -

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

In den der Anfrage vorangestellten Bemerkungen werden meine Vorschläge für "ein Gipfeltreffen der westlichen Regierungschefs im Rahmen des Europarates" mit den Anregungen des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf "ein Treffen der Regierungsspitzen der EFTA-Mitgliedstaaten" in einen Zusammenhang gebracht, der de facto nicht besteht. Die Fragesteller übersehen nämlich, daß beide Treffen schon von der ihnen gestellten Thematik her voneinander unabhängig sind.

Meinen Vorschlägen liegt - wie auch der Bundesminister für Ausw. Angelegenheiten in der Beantwortung der an ihn gerichteten parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Dr. Karasek, Dr. Gruber und Genossen vom 13. Juli d.J., Nr. 656/J, ausführte - die Idee zugrunde, daß der Fortschritt der Entspannung in Europa von der Fortsetzung des Ausbaues der Beziehungen zwischen den Signatarstaaten der Schlußakte von Helsinki abhängt. Darüber und auch über Fragen des politischen Zusammenwirkens, etwa im Hinblick auf die Staaten der Dritten Welt, sollten meiner Meinung nach im Anschluß an die bedeutenden Wahlen in diesem Jahr in Europa und in den USA Beratungen zwischen den führenden verantwortlichen Staatsmännern stattfinden.

Die Anregungen des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie sollen hingegen vor allem dazu dienen, die EFTA-Staaten zu einem akkordierten Vorgehen in Richtung auf einen Ausbau des Verhältnisses zu den

- 3 -

Europäischen Gemeinschaften zu bewegen. Die bisherige Praxis, die so war, daß jeder EFTA-Staat sozusagen im Alleingang seine Postulate den Europäischen Gemeinschaften vorlegte, führte nicht zum erstrebenswerten Ziel.

Zu Frage 1)

Gegenstand der im Rahmen des jüngsten Staatsbesuches des deutschen Bundeskanzlers in Österreich geführten Gespräche war auch die Frage der Beziehungen Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften. Dieses Thema bot Gelegenheit, den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland für ihre oft bewiesene Unterstützung der österreichischen Wünsche an die Europäische Gemeinschaften und hier vor allem jener des Agrarsektors zu danken. Es gab auch gleichzeitig die Möglichkeit, sehr eingehend auf die Notwendigkeit einer weiteren Verdichtung des Verhältnisses Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften hinzuweisen. Eine solche enge Verflechtung ist aufgrund der Evolutivklausel des Freihandelsabkommens Österreich-EWG möglich. Zweifellos würden dabei Fragen der Landwirtschaft im Vordergrund stehen.

Zu Frage 2) und 3)

In einer Stellungnahme zu dem vorhin erwähnten Thema erklärte Bundeskanzler Schmidt, daß die Bundesrepublik Deutschland jede Entwicklung der Beziehungen Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften im Sinne einer Verdichtung begrüße. Sie werde demgemäß auch weiterhin den österreichischen Anliegen wohlwollend gegenüberstehen.

Zu Frage 4)

Im Rahmen der vorhin erwähnten Gespräche mit dem deutschen Bundeskanzler wurde auch über die Idee eines

- 4 -

Meinungsaustausches auf höchster Ebene zwischen den demokratischen Staaten Europas und Nordamerikas diskutiert.

Zu Frage 5)

Wie bereits in der Einleitung ausgeführt - und hier nur wegen der besseren Übersichtlichkeit wiederholt - liegt meinen Vorschlägen die Idee zugrunde, daß eine weitere Entspannung in Europa eng mit der Weiterführung des Ausbaues der Beziehungen zwischen den Signatarstaaten der Schlußakte von Helsinki verknüpft ist. Überlegungen über diesen weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen den erwähnten Staaten, aber auch Fragen des politischen Zusammenwirkens, etwa im Hinblick auf die Staaten der Dritten Welt, sollten Gegenstand von Beratungen zwischen den führenden verantwortlichen Staatsmännern bilden.

Zu Frage 6)

Der deutsche Bundeskanzler nahm meine Vorschläge mit Interesse auf und sagte eine Prüfung durch die deutsche Bundesregierung zu. Er versprach darüber hinaus, diese Anregungen mit befreundeten europäischen Regierungsmitgliedern erörtern zu wollen, was er in der Zwischenzeit auch getan hat.

